

VOLKS
BLATT | SPLITTER**EU warnt Polens Präsident
Kaczynski vor Diskriminierung**

WARSCHAU – Der überraschende Wahlsieg des Konservativen Lech Kaczynski bei den Präsidentschaftswahlen hat den Rechtsruck in Polen bestätigt. Kaczynski sprach sich nach seinem Sieg am Montag für eine rasche Regierungsbildung aus. Als grundlegende Aufgabe für Polen nannte Kaczynski den Kampf gegen die Kriminalität. Als weiteres innenpolitisches Ziel kündigte er an, Eintracht in der Gesellschaft zu suchen. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso gratulierte Kaczynski am Montag. Ein Kommissionssprecher betonte aber, die von Kaczynski befürwortete Einführung der Todesstrafe sei in der Europäischen Union (EU) nicht möglich. (sda)

**Erste Enzyklika von Benedikt XVI.
am 8. Dezember erwartet**

ROM – Papst Benedikt XVI. wird seine erste Enzyklika am symbolträchtigen 8. Dezember veröffentlichen. Das berichtete die italienische Zeitung «La Repubblica» am Montag. Der 8. Dezember ist das kirchliche Fest der Unbefleckten Empfängnis Marias. Ausserdem wurde vor 40 Jahren, am 8. Dezember 1965 das Zweite Vatikanische Konzil beendet, das die Kirche zur Gesellschaft hin öffnen sollte und für Reformen und Aufbruch steht. Im Mittelpunkt der theologischen Schrift werde die Bedeutung Jesu Christi für die Kirche stehen, hiess es. (sda/dpa)

**Erneut Gewalt nach
Rassenunruhen in Birmingham**

LONDON – Einen Tag nach den schweren Rassenunruhen in Birmingham ist es in der nordenglischen Stadt erneut zu Gewalt gekommen. Auslöser soll ein angeblicher Angriff auf die Moschee des Stadtteils sein. Rund einhundert asiatischstämmige Jugendliche lieferten sich in der Nacht zum Montag im Armenviertel Lozells gewalttätige Zusammenstösse mit der Polizei, wie eine Polizeisprecherin mitteilte. (sda/afp)

**EU-Strategie
zur Rettung der Meere**

BRÜSSEL – Die europäischen Meere sollen bis zum Jahr 2021 sauber werden. Dies ist das Ziel einer Strategie der EU-Kommission, die Umweltkommissar Stavros Dimas am Montag in Brüssel vorstellte. «Wir wollen sicherstellen, dass die Bürger Europas heute und in Zukunft einen Nutzen aus sicheren, sauberen, gesunden und an Arten reichen Meeren und Ozeanen ziehen können», betonte Dimas. Allerdings verschlechterte sich der Zustand der Gewässer durch Überfischung, Verschmutzung und Klimawandel kontinuierlich. (AP)

«Wilma» windet wuchtig**Hurrikan «Wilma» tobt über Florida – Mindestens ein Todesopfer**

MIAMI – Mit verheerender Wucht ist der Wirbelsturm «Wilma» über den US-Bundesstaat Florida hereingebrochen. Nach seinem Zerstörungszug über Mexiko traf er am Montag bei Cape Romano im Südwesten der Halbinsel aufs Festland.

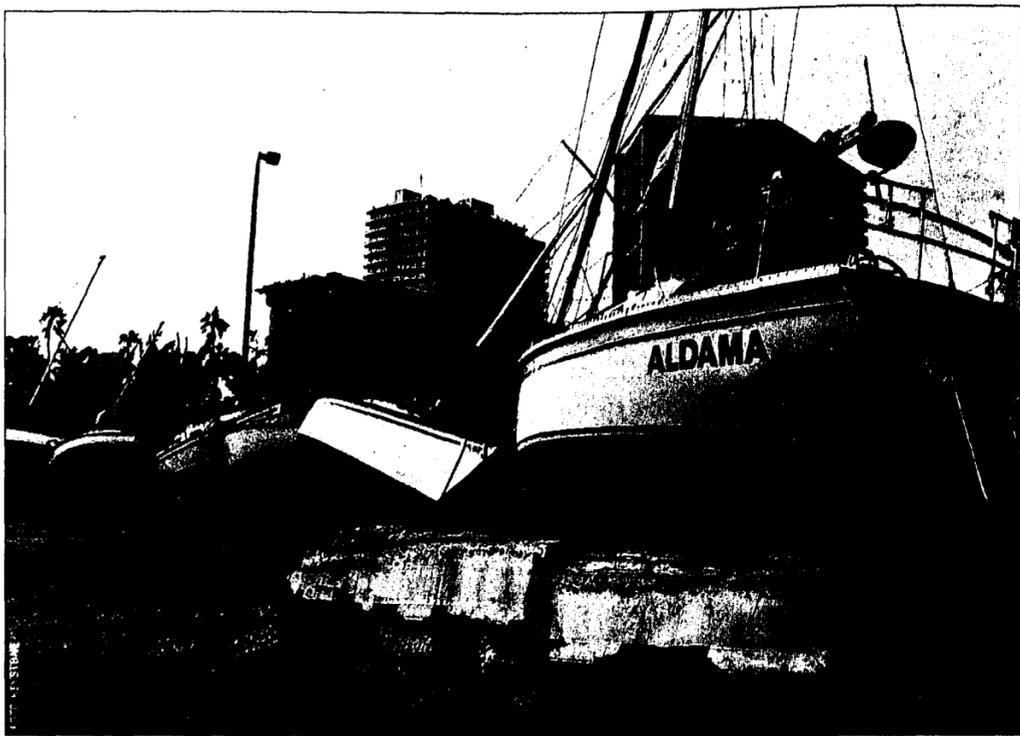
Bis Montagabend kam mindestens ein Mensch ums Leben: Der Mann wurde in Coral Springs von einem umstürzenden Baum getötet. Mit einer Breite von rund 645 Kilometern überdeckte der Wirbelsturm grosse Teile Floridas.

Heftige Böen mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 250 Stundenkilometern peitschten über das von fünf Millionen Menschen bewohnte Gebiet zwischen Miami, Fort Lauderdale und West Palm Beach hinweg.

Zuvor hatten Ausläufer von «Wilma» die Florida Keys, die vorgelagerte Inselgruppe, gestreift und bis zu einem Meter überflutet.

Grossräumiger Stromausfall

Für 2,5 Millionen Haushalte brach nach Angaben von Gouverneur Jeb Bush die Stromversorgung zusammen. Die Menschen müssen sich laut Energieunternehmen mindestens zwei Tage ohne Strom einrichten. US-Präsident George W. Bush erklärte 14 Bezirke Floridas zu Katastrophengebieten.

**Heftige Böen mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 250 Stundenkilometern hatten Folgen.**

In ganz Florida waren 160 000 Menschen zur Evakuierung aufgerufen worden. Bis Montagabend suchten mehr als 36 000 Menschen Zuflucht in Notunterkünften, wie der Direktor der Nationalen Katastrophenbehörde Fema sagte.

Auf seinem Weg durch die Karibik hat «Wilma» mindestens sieb-

zehn Menschen in den Tod gerissen. Auch Kuba wurde seit Sonntag von dem Sturm heimgesucht; in der Nacht zum Montag wurden am Meer gelegene Teile der kubanischen Hauptstadt Havanna überschwemmt.

Auf der Flucht vor «Wilma» kam es nahe des Ortes Nueva Paz,

knapp 90 Kilometer südöstlich der Hauptstadt, zu einem Busunglück. Dabei wurden laut Diplomaten vier Menschen getötet, darunter drei Europäer. Nach Informationen des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) befinden sich keine Schweizer darunter. (sda)

WHO sieht Europa gut gerüstet**Im Kampf gegen die Vogelgrippe – EU erwägt Importverbot für Ziervögel**

BRÜSSEL/LUXEMBURG – Nach der Infizierung eines Papageis mit dem auch für Menschen gefährlichen Vogelgrippe-Virus H5N1 in Grossbritannien will die Europäische Union ein Importverbot für Zier- und Wildvögel verhängen.

Dies kündigte EU-Gesundheitskommissar Markos Kyprianou am Rande von Beratungen der EU-Agrarminister am Montag in Luxemburg an, wie Diplomaten berichteten. Mit einer Entscheidung wurde aber erst am Dienstag gerechnet.

Bundesverbraucherminister Jürgen Trittin sagte, der EU-Ministerpräsident müsse prüfen, ob ein Importverbot für Zier- und Wildvögel in Zeiten sinnvoll sei, in denen die Vogel-

**Vogelgrippe: Kommt ein EU-Importverbot für Zier- und Wildvögel?**

grippe weltweit grassiere. Trittin wies im ZDF-Morgenmagazin Vorwürfe zurück, die EU koordiniere sich zu wenig. Nach dem Auftreten

der Tierseuche in der Türkei habe man sehr schnell ein Importverbot aus dem Land beschlossen, auch die Stallpflicht sei sehr schnell ko-

ordiniert worden. «Europa ist in dieser Frage besser als sein Ruf.» Auch an toten Vögeln aus Taiwan würden Tests durchgeführt, sagte Reynolds.

Ein EU-Importverbot für Ziervögel hatte Grossbritannien nach dem Tod des Papageis beantragt. Das Tier war im September von Surinam nach Grossbritannien geliefert und mit Vögeln aus Taiwan in Quarantäne gehalten worden. Nach Behördenangaben kam er nicht mit einheimischem Geflügel in Kontakt. Die Behörden in Surinam betonten, das Tier sei bei seinem Export gesund gewesen. Die britische Chefveterinärin Debbie Reynolds vermutete eine Ansteckung bei anderen Vögeln in der Quarantäne. (AP)

ANZEIGE

VOLKSCARD

Weitere Infos
www.volkscard.li

**Profitieren Sie als
-Abonnent
von Vorzugspreisen**

Uno erhöht Druck**Syrien soll helfen Hariri-Mord zu klären**

NEW YORK/DAMASKUS – Der Uno-Sicherheitsrat ist laut dem US-amerikanischen Uno-Botschafter John Bolton entschlossen, Syrien zur Kooperation bei der Aufklärung des Attentats auf den ehemaligen libanesischen Regierungschef Rafik Hariri zu zwingen.

«Es ist an der Zeit für Syrien, ein wahres Bekenntnis abzulegen», sagte Bolton gestern Montag vor Journalisten. «Schluss mit der Behinderung (der Ermittlungen), und Schluss mit den halben Schritten», mahnte Bolton Damaskus.

Der Uno-Sicherheitsrat will sich am Dienstag in einer offenen

Debatte mit dem Untersuchungsbericht des deutschen Sonderermittlers Detlev Mehlis zum tödlichen Anschlag auf Hariri im Februar in Beirut beschäftigen. In dem Bericht tauchen mehrere syrische Politiker und Geheimdienstoffiziere als Verdächtige auf.

Eine geplante Reise des syrischen Aussenministers Faruk al-Schara nach New York wurde nach Uno-Angaben seitens Syriens kurzfristig abgesagt. Uno-Generalsekretär Kofi Annan hatte zuvor erklärt, al-Schara werde am frühen Dienstag (Ortszeit) in New York erwartet, wo er vor der Debatte mit Annan hätte Gespräche führen sollen. (sda)

++++ Zu guter Letzt... +++++**Australier favorisieren
Prinz William**

Brisbane – Die meisten Australier hätten am liebsten Prinz William (Bild) als ihr nächstes Staatsoberhaupt. Für ihn sprachen sich in einer am Montag veröffentlichten Internetumfrage 48 Prozent von 10 000 Teilnehmern aus. Williams Vater Charles, immerhin der amtierende Kronprinz in der direkten Nachfolge von Königin Elizabeth, wollen hingegen nur 7 Prozent der Befragten haben. Erheblich populärer als Charles sind die aus Australien stammende dänische Prinzessin Mary und ihr Mann, Kronprinz Frederik – sie kommen auf einen Wert von 42 Prozent.



Vor allem seit der Geburt ihres Sohnes am 15. Oktober sind die beiden Dänen in Australien höchst beliebt. Als ehemalige britische Kolonie ist der Monarch im Buckinghampalast automatisch auch das Staatsoberhaupt von Australien. Ein unbeliebter Herrscher könnte der Debatte über die Umwandlung Australiens in eine Republik neuen Auftrieb geben. (AP)